

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindörner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsaussagen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Veranstaltungsaussagen 15 Pfg.

Gewerkschaften und Unternehmerorganisation.

Ein schweren Kampf kämpft die Arbeiterklasse. Die Preisrevolution, welche Mitte der neunziger Jahre begann, hat die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats immer mehr erschwert. Nur durch wachsende Anstrengungen sind die Gewerkschaften imstande gewesen, Lohn-erhöhungen durchzusetzen. Das hat die Arbeitgeberorganisationen auf den Plan gerufen, die nun in rücksichtsloser Scharfmacherei, unterstützt von einer arbeitserfindlichen Justiz und Bürokratie, die Klassengegensätze zuspitzen. Ob unter solchen Umständen die gewerkschaftliche Aktion dauernd imstande sein wird, die Lebenshaltung der Arbeiter weiterhin zu steigern, ist eine Frage, die naturgemäß in erster Linie die Arbeiterschaft interessiert und innerhalb derselben, vor einigen Jahren schon, eine sehr lebhaft und interessante Debatte hervorgerufen hat, heute aber nicht minder aktuell oder vielmehr: aktueller denn je ist und auch bürgerliche Sozialpolitiker stark interessiert. Mögen auch die Scharfmacher sich einbilden, es werde ihnen gelingen, die Arbeiterklasse in ihren Lebensnotwendigkeiten — wozu die gewerkschaftliche Aktion vor allem gehört — zu beeinträchtigen; mögen ihnen auch die öffentlichen Gewalten zu manchen billigen Triumpfen verhelfen: Solange die Ursachen wirken, die die gewerkschaftliche Aktion bewirken, solange werden sie diese aus dem Wirtschaftsleben der Gegenwart nicht ausschalten können. Der Kapitalismus streut täglich den Samen aus, dem die Kräfte entspringen, die ihn bezwingen werden.

Über das ist eine selbstverständliche Sache, über die zu streiten kein Grund vorliegt und deren Entwicklung man ruhig der Zukunft überlassen kann. Gegenwärtig handelt es sich um eine Frage von unmittelbar praktischem Interesse, ob die gewerkschaftliche Aktionsmöglichkeit durch die bisherige Lohnentwicklung etwa schon so eingengt sei, daß die Unternehmer mit einem förmlichen Stillstande alsbald rechnen können. Auf diese Frage gab kürzlich ein bürgerlicher Gelehrter*) der die Ergebnisse des eben erschienenen Buches von Kuczynski über „Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika 1870—1909“ verwertete, folgende Antwort:

Ein einheitlicher Arbeitsmarkt im Sinne territorial von einander abhängiger Löhne besteht nur in sehr bedingtem Maße, praktisch gar nicht. Zur Not kann unter dem Einflusse der letzten Tarifvertragskampagne von einem Arbeitsmarkt innerhalb einer Branche für ein zusammengehöriges Territorium gesprochen werden. Für die Hauptmasse der Arbeiter gilt, daß sich ihre Arbeitsbedingungen auf einem lokalen oder territorial begrenzten Markte fixieren, in weiten Grenzen verschiedenartig fixieren können; daraus folgt, daß fast überall auch die Einflußmöglichkeit der gewerkschaftlichen Organisationen besteht. Die Gewerkschaft tritt dann zu all den andern Lohnbestimmungsfaktoren hinzu, organisiert ein vollständiges oder teilweises Monopol der Arbeitsverkäufer auf dem Arbeitsmarkt und ist dadurch imstande, den Preis für die Arbeit zu steigern. Gerade gegenüber der unendlichen Mannigfaltigkeit der Lohnpositionen, auch für die einzelne Arbeit, wird es klar, daß den bürgerlichen Behauptungen vom sogenannten Lohnfonds in der Wirklichkeit nichts entspricht, daß also tatsächlich eine reale Steigerung der Löhne durch die Gewerkschaften möglich ist, ohne daß durch den Erfolg der einen Arbeiterkategorie irgendeine andere geschädigt werden muß. Aus der Erkenntnis heraus, daß ein einheitlicher Arbeitsmarkt nicht besteht, ergibt sich also, daß die Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften sehr stark sind, auch hinsichtlich der Lohnhöhe, sofern nicht gleichstarke Unternehmerorganisationen gegenüberstehen.

In den sogenannten Tarifgewerben ist allerdings eine Tendenz auf Ausgleich der Löhne zwischen Stadt und Land erkennbar. So gering auch noch die Mitgliederzahl der Gewerkschaften gerade in den kleineren Städten und auf dem flachen Lande ist, so hat die tatsächliche Entwicklung zum zentralen Tarif gerade den Arbeitern der kleineren Orte erhebliche Verbesserungen gebracht. Allmählich nähert sich Deutschland dem Zustande eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes auch in dem Sinne, daß nicht nur die Warenpreise, sondern auch die Löhne auf das gleiche Niveau rücken. Dabei wird sich auf lange Zeit nur noch das Lohnniveau der Großstädte etwas höher stellen, schon weil hier im Durchschnitt die qualifiziertesten Arbeiter zusammenströmen und gebraucht werden, während sich auf das Niveau der Mittelstädte das der kleinen Orte und Landgemeinden hinaushebt.

Die hauptsächlichste Entwicklungsmöglichkeit der Tarifverträge scheint nun darin zu bestehen, für den Lohn und die übrigen Arbeitsbedingungen diese Annäherung zu gewinnen. Ist die Annäherung, die mit der Preisausgleichung der Waren parallel geht, innerhalb der Wirtschaftsgebiete einmal durchgeführt, dann dürfte auch die Aktionsmöglichkeit der Gewerkschaften eine geringere werden, weil sie nicht in den Differenzen von Ort zu Ort die Angriffspunkte ihrer Aktion finden und genötigt wären, das Gesamtniveau zu heben, was viel größere Schwierigkeiten bereiten muß als die Ausgleichung der Unterschiede von Ort zu Ort. Diese Entwicklung wird — weniger für das Handwerk als für die Industrie — noch beschleunigt und unterstützt durch die Tendenz zur Fabriksorganisation. Sie führt zur Vereinhaltung der Preise für Waren und Arbeitskraft, zum einheitlichen Waren- und Arbeitsmarkt für weite Gebiete innerhalb der politischen Grenzen. Ist dies erreicht, dann werden die weiteren Aktionen der Gewerkschaften vorzugsweise an den Differenzen zwischen Geld- und Reallohn ansetzen müssen, die die wucherische Agtar- und Zollpolitik schaffen, wie ja dies zum Teil heute schon der Fall ist.

Die Lohnstatistik zeigt, daß eine starke Zentralorganisation immer noch die nachhaltigsten Wirkungen übt, daß nur eine solche Gewerkschaft imstande ist, den Lohnrückgang zu verhindern und Fortschritte in der guten Konjunktur zu ermöglichen. Die Konsequenz aus der Organisation der Unternehmer für die Gewerkschaften ist nur die Forderung noch stärkerer Konzentration, noch weiterer Ausgestaltung, die Umwandlung der Branchen in Industrieverbände, der finanzielle Zusammenschluß der Gewerkschaften untereinander, die materielle Stärkung der Arbeiterposition überhaupt durch die Unterstützungseinrichtungen usw.

Selbstverständlich wird diese straffere Zusammenfassung der Kräfte von den Unternehmern mit entsprechenden Gegenmaßnahmen beantwortet. Der erstarkende Widerstand der Unternehmer erschwert oder verhindert gar eine Zeitlang ein weiteres Fortschreiten der Arbeiterklasse; es kann sogar ein relativer Rückgang der Arbeiterposition eintreten. Aber dann wird den größten Schaden die gesamte Volkswirtschaft, nicht zuletzt die Industrie davon haben, die ihre Produkte infolge der geschwächten Konsumfähigkeit der Massen nicht absetzen kann. Die Kaufkraft der Arbeiter zu erhalten und zu heben, ist ein unerlässliches Gebot, das vor allem auch im Interesse der Industrie und der Unternehmer überhaupt erfüllt werden muß. Darum ist die Scharfmacherei eine Verfündigung an Industrie und Gewerbe, ein Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft.

Die gegenwärtige Periode erinnert in mancher Beziehung an die Frühzeit des Kapitalismus, wo Kapital und Arbeit mit unerhörter Wucht aufeinander prallten. Der Terrorismus und die Gewalttätigkeit der Unternehmer zeigen den Arbeitern, daß sie auf ein verständnisvolles Entgegenkommen seitens der Unternehmer nicht rechnen dürfen, daß nur der Klassenkampf sie zum Ziele führen kann. Die Lehren der Geschichte und die Erfahrungen überhaupt zeigen aber auch den Unternehmern, daß sie mit den wilden Methoden von einst die Arbeiter am notwendigen Aufstieg dauernd nicht hindern können. Alles, was sie den Arbeitern vorwerfen, trifft in erster Linie sie selbst. Schließlich ist das Untauglichmachen der Maschinen, die Sabotage und dergleichen, keine größere Barbarei als die Zerstörung der Gewerkschaften, wird die Herabdrückung der Arbeitsleistung wirtschaftlich nicht schädlicher als die Behinderung der Bildungsbestrebungen und des Aufstieges der Arbeiter. Das mögen sich die Scharfmacher in allen Lagern gefast sein lassen!

Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung.

e. Das heisse Bemühen der herrschenden Gewalten, die Jugend des Proletariats für ihre Zwecke einzufangen, bedeutet eine Verschärfung des Klassenkampfes. Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen wissen, daß, wenn es ihnen nicht gelingt, einen größeren Teil des jungen Nachwuchses in den alten Anschauungen zu halten — es sei Pflicht der Armen, sich den Gefügen der Reichen zu unterwerfen —, daß dann die oppositionelle Volksbewegung neue Kräfte erhält. Darum sind sie längst von dem rein moralisierenden Predigen abgekommen, und sie suchen durch praktisches Eingreifen ihren Interessen zu dienen.

Überall sind weite Kreise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft am Werk, um der erwerbstätigen Jugend ihr Wohlwollen zu bekunden. Von dem Heilmeyern über die „Verwahrlosung der unteren Schichten“ verspricht man sich nichts mehr. So muß denn der junge Lehrer mit dem greisenhaften Pastor, der Krämer mit dem Oberamtsamteister, der Nachtwächter mit dem Polizisten, der schneidige

Leutnant mit dem graubärtigen Generalfeldmarschall, der Ranglist mit dem Minister in steberhaftem Eifer — unterstützt aus der Millionenpende des Staates — sich um die Gewinnung der arbeitenden Jugend bemühen! Ein Sammel national-staatsretterischen Jugendfanges hat alle erfaßt.

Die Schulen stehen für dieses „edle“ Jugendtreiben offen, Gemeindefräuser und Jünglingsheime werden mit großem Pomp errichtet, selbst die Kasernen öffnen ihre Tore, und sogar mit Militärkapellen, zu herabgesetzten Preisen, werden die jungen Leute beglückt. Schließlich hat man den bürgerlichen Jugendblock gebildet, damit die Gegensätze untereinander möglichst überbrückt werden können. Der Terrorismus der bürgerlichen Jugendretter kennt keine Grenzen. Den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes gegenüber braucht man sich keinen Zwang aufzuerlegen. Kein Wunder, wenn die überall unterstützte und geförderte bürgerliche Jugendbewegung einen großen Umfang annehmen konnte. Die Mitgliederzahlen, die auf eigenen Angaben und Schätzungen beruhen, wollen wir zur kritischen Betrachtung hier anflügen:

1. Konfessionelle Bewegung.

Nationalvereinigung der evangelischen Jünglingsbünde Deutschlands: 2419 Vereine mit 142 826 Mitgliedern, davon die Hälfte im Alter von 14 bis 17 Jahren;
Verband evangelischer Jungfrauenvereine: 4900 Vereine mit 20 000 Mitgliedern, meist über 18 Jahre alt;
Jugendbund für entschiedenes Christentum: Oktober 1912: 420 Vereine mit 11 000 Mitgliedern, Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren verhältnismäßig wenig;
Bund deutscher Jugendvereine (evangelisch-liberal): 1913: 158 Vereine mit 8700 Mitgliedern, ferner für Mädchen 50 Vereine mit 1700 Mitgliedern;
Katholische Jünglingsvereinigungen: 1912: 2595 Vereine mit 265 710 Mitgliedern;
Jugendabteilungen des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereine: 1912: 70 Vereine mit 5000 Mitgliedern;
Jungfrauenkongregationen (katholisch): 300 000 Mitglieder;

Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen: 1911: 6000 Mitglieder unter 18 Jahren;
Verband süddeutscher katholischer Jugendvereine für die im Erwerbsleben stehenden Mädchen: 1913: 108 Ortsgruppen mit 6200 Mitgliedern;
Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands: 112 Vereine mit 1700 Mitgliedern, davon 1600 unter 18 Jahren.

2. Interkonfessionelle Bewegung.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband: 14 081 jugendliche Mitglieder;
Deutscher Verband kaufmännischer Vereine: 3700 jugendliche Mitglieder;
Deutsche Gewerkschaften (Hirsch-Duncker): 1913: 58 Jugendabteilungen mit 1100 jugendlichen Mitgliedern;
Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte: 1912: 20 Jugendabteilungen mit 1000 jugendlichen Mitgliedern;
Jugendbund der wirtschaftlichen nationalen Arbeiterbewegung in Rheinland und Westfalen (gelbe Gewerkschaft): 2000 jugendliche Mitglieder;
Outtemplerorden (Antialkoholverein): 1913: 550 Jugendverbände mit 22 000 jugendlichen Mitgliedern;
Deutsche Turnerschaft: 1913: 198 183 Mitglieder im Alter von 14 bis 17 Jahren;
Verband Deutscher Wandervögel: Dezember 1911: 17 700 jugendliche Mitglieder, außerdem 2250 Mädchen;
Deutscher Radfahrerbund: 2000 jugendliche Mitglieder im Alter von 11 bis 18 Jahren;
Deutscher Schwimmerbund: 1910: 10 605 jugendliche Mitglieder und 1211 Mädchen;
Deutscher Fußballbund: 1913: 24 688 Mitglieder im Alter von 14 bis 17 Jahren;
Jungdeutschlandbund: 1. Oktober 1912: 306 000, gegenwärtig zirka 500 000 jugendliche Mitglieder.

Das sind rund 1 1/2 Millionen Mitglieder! Wenn sicherlich auch manche Abstriche (mehrfache Mitgliedschaft usw.) bei diesen Zahlen berechtigt sind, so zeigen sie immerhin eine achtunggebietende Größe. Die Mahnung dringt zu uns, ob wir für unser Teil auch alles aufbieten, um diese Jugendlichen, die zum weitaus größten Teile proletarischen Ursprungs sind, für unsere Jugendbewegung zu interessieren. Denn verkennen dürfen wir nicht, daß die „positive Arbeit“ des Bürgertums darauf hinausläuft, gegenüber der proletarischen Jungflut Dämme zu errichten.

Anerkannt muß werden, daß die Betätigung und die Verfolgungswut der Gegner viele erwachsene Arbeiter veranlaßt hat, einen Teil ihres Indifferentismus abzuzufahren und die Jugendbewegung ihrer Klasse mehr zu unterstützen. Ein Anwachsen der jugendlichen Scharen in den Arbeiter-

*) Dr. E. Lederer im „Westf. Volkswirt“ über Lohnentwicklung und gewerkschaftliche Politik.

lun- und Sportvereinen ist erfreulicherweise zu verzeichnen. Vor allem steigt die Zahl der jugendlichen Mitglieder in den Gewerkschaften; obwohl da bei größerer Umsicht mehr zu erreichen wäre. Dann aber hat die Arbeiterjugend in den fünf Jahren ihres Bestehens sich prächtig entwickelt. Gerade jetzt ist die Tatsache zu melden, daß das vorzügliche Organ der jungen Garde die Auflage von 100000 überschritten hat. Die ziffermäßige Stärke der freien Jugendbewegung kommt darin zwar nicht voll zum Ausdruck. Ein großer Teil Jugendlicher, die in den Zusammenkünften aber erscheinen, kann oder darf die Zeitung nicht abonnieren!

Mit großem Eifer wird durch die proletarischen Einrichtungen an der Aufklärung der Jugend gearbeitet. Es gilt einer großen Aufgabe: Erziehung der Jugend zur Tüchtigkeit, Lebensfreude und Kampfesstärke. Die Begeisterung soll geweckt werden für freibleibendes Streben, für die höchsten Ziele edlen Menschentums! — Es bestanden heute über 650 Jugendausschüsse, die mit einem Aufwand von 187000 Mk. eine umfangreiche, selbstlose Tätigkeit entfalten. Ein kleines Bild hiervon geben die vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 getroffenen Bildungsveranstaltungen:

Art der Veranstaltungen	Anzahl	Teilnehmer:		
		Jugendliche	Erwachsene	Insgesamt
Einzelvorträge im Vorjahr	3309 (3474)	119 737 (133 080)	14 549 (9 898)	134 286 (142 978)
Künstlerische Veranstaltungen und Feste im Vorjahr	2405 (1648)	89 347 (126 381)	59 471 (62 494)	148 818 (188 875)
Wissenschaftliche Führungen im Vorjahr	672 (390)	16 919 (10 410)	2 993 (1 064)	19 912 (11 474)
Wanderungen im Vorjahr	8630 (4830)	78 317 (153 616)	—	—

* Das Vorjahr umfaßte 12 Monate.

Außerdem nehmen viele Jugendliche an den Veranstaltungen der Bildungsausgänge und der Gewerkschaften teil. Außer der in den Arbeiterbibliotheken vorhandenen Jugendliteratur, stehen dem jungen Nachwuchs 54 771 Bände in den eigenen Jugendbüchereien zur freien Verfügung. — Als selbstverständlicher Grundgedanke für alle die Bildungsbestrebungen gilt, daß der Alkohol und der Tabakgenuß untersagt ist.

Die gesunde Aufwärtsentwicklung der proletarischen Jugendbewegung zeigt, daß wir, trotz aller Kräfteanstrengung unserer Gegner, keine Veranlassung haben, an unserem Einfluß zu zweifeln. Allerdings haben wir alle Ursache, die Bestrebungen unserer Feinde zu beobachten. Wenn auch letzten Endes die harten Tatsachen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens die Jugend in unsere Reihen treibt, so müssen wir doch alles tun, um diese Angliederung zu erleichtern und das Vertrauen der jungen Klassengenossen zu erwerben. Durch unser Eintreten für die materiellen Interessen der Jugendlichen, durch Förderung des Jugendschutzes und Verbreitung von Aufklärung wird uns das sicher gelingen. Dann wird die bürgerliche durch die proletarische Jugendbewegung überwunden werden.

Die Kunst im Handwerk.

Die „Blütezeit deutscher Handwerkskunst“ ist ein Schlagwort, das nur zu oft in falschem Sinne angewandt wird. Man übersieht dabei nur zu gern, daß es allweil Pflücker und Stümper gegeben hat, und daß selbst die Zeit des angeblich „goldenen Bodens“ auch große Hungerleider unter den Meistern sah. Freilich sind uns zahlreiche prachtvolle Stücke aus alter Zeit überkommen, die einen außerordentlich hohen Stand technischen und künstlerischen Könnens verraten. Man darf aber dabei nie vergessen, daß es sich dabei fast nie um die durchschnittliche Produktion jener Zeit handelt, sondern um Arbeiten für ganz exklusive und zahlungsfähige Auftraggeber, Schloßherren, Handelsherren, Kirchen. Typisch hierfür ist eine prachtvolle Rokokoarbeit, die im Oktoberheft unseres „Fachsblattes für Holzarbeiter“ wieder gegeben wurde: das Chorgestühl der Klosterkirche zu Ootzen im bayerischen Allgäu. Von diesem ist festgestellt, daß jeweils ohne Material die Orgel 31 810 Gulden und das Gestühl, also die eigentliche Tischlerarbeit, 14 620 Gulden gekostet hat. Das sind in Anbetracht des Geldwertes vor 150 Jahren ganz riesige Summen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß bei Anwendung gleicher oder wahrhaftig viel geringerer Summen heute gleich Wertvolles geleistet werden dürfte.

Was heute der Produktion den Stempel aufdrückt, das sind ganz andere Kreise als ehemals. Heute verwegenden Bedenken sind als Konjunkturpark in den Hintergrund gedrängt, soweit sie aber noch einige bevorzugte Betriebe zu beschäftigen vermögen, sind deren Leistungen durchaus der früheren zur Seite zu stellen. Die Entwicklung der Kunst hat die Produktion herab gestiegen, daß jene ehemals ausschlaggebenden Kreise nur einen kleinen Teil der Gesamtproduktion aufnehmen vermögen. An ihre Stelle trat das Bürgertum und nach und nach die neu sich bildende arbeitende Klasse: die Arbeiterklasse.

Besonders sind es die Bedürfnisse jener letzteren Schicht, für die es in der Geschichte keine Vergleichsstufe gibt. Zu einer Zeit, in der die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Handwerkers und auch erhebliche Lebensziel des Handwerkers gegeben war, konnte der Geselle, der Lohnarbeiter als solcher, eine große Bedeutung als Konjunktur nicht haben. Die Zeit hat nun die Gewerbe als Konjunktur, die Zahl der Lohnarbeiter schmilzt ab, die der Selbständigen geht beständig zurück. Damit ist aber zugleich eine wesentliche Veränderung bei den Verhältnissen wie bei den Herstellern der Waren eingetreten.

Scharfmacherische Falschmülzerei.

—r. Das Scharfmachertum befindet sich augenblicklich in einer ungemittlichen Lage. Das wirtschaftliche Leben liegt in manchen Branchen sehr darnieder, die Konjunktur ist schlecht und der Mangel an Arbeitsgelegenheit macht sich immer mehr fühlbar. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit hängt wie ein Damoklesschwert über jedem Arbeiter, der heute noch Arbeit hat, aber morgen vielleicht schon auf die Straße fliegt. Offenbar gehen wir einem schlimmen Winter entgegen, denn die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung wirft ihre Schatten über die werktätige Bevölkerung. Da ist es denn doch ganz erklärlich, daß alle jene Arbeiter, die nicht stumpfsinnig ihr Schicksal tragen, sich bemühen, die eigene und die fremde Not zu lindern und die Forderung erheben, daß für die Arbeitslosen und ihre Familien geforgt werden müsse. Sie wenden sich mit dieser Forderung an den Staat, an die Gemeinden und auch an die bürgerliche Gesellschaft, und mit wichtigen Gründen appellieren sie an den Verstand und das Herz der Nichtproletarier. Sicherlich nicht ohne jeden Erfolg, denn in manchen bürgerlichen Kreisen kann man die Klage hören, es müsse etwas zur Vinderung der durch die Arbeitslosigkeit entstandenen Not getan werden. Diese menschenfreundliche Stimmung bürgerlicher „Ideologen“ paßt den Scharfmachern nicht in den Kram und sie geben sich alle erdenkliche Mühe, eine Gegenstimmung zu erzeugen. Allerdings sind sie schlau genug, nicht den hartherzigen, gefühllosen Prolog heranzulehren, der an dem Elend seiner Mitmenschen gleichgültig vorübergeht, weshalb ihnen nichts anderes übrig bleibt, als durch Winkelzüge und Verdrehungen die Frage der Arbeitslosigkeit auf ein falsches Geleise zu schieben. Es ist ihnen bei diesem Tun nicht wohl, was man an dem Verlegenheitsgestammel und den an den Haaren herbeigezogenen Ausflüchten deutlich merkt, aber sie sind nun einmal dazu da, um alles zu begeistern und zu bekämpfen, was der Arbeiterklasse zum Vorteil gereicht.

Als eifrigste Vertreterin dieses Scharfmachertums spielt sich natürlich auch hier wie immer die „Arbeitgeber-Zeitung“ des Oberbischmachers von Reiwisch auf. Sie treibt sozialpolitische Falschmülzerei gewöhnlichster Art und mit einem großen Aufwand von Verdrehungskunst, in dem sich die innere Unwahrscheinlichkeit der Scharfmacherschöpfung wieder spiegelt, sucht sie den Gedanken einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge totzureden. Der erste Trick, den der Edle von Reiwisch anwendet — vielleicht ist auch sein Hausknecht, der mit dem Dokortitel gekrönter Felix Kuh, der Mager — besteht darin, daß er das Vorhandensein eines außergewöhnlichen Notstandes leugnet und das Gerede von einer Massenarbeitslosigkeit auf das Agitationsbedürfnis der Sozialdemokratie zurückführt. „Die mühselig aus allen Säpfen und Pfannen zusammengeschobenen Agitationsmittel“, so lesen wir in einem Artikel, „der Kampf gegen das preußische Wahlrecht, die Generallistenreform, der Wüstungsrummel, die Maifeier usw. wollen durchaus nicht mehr versfangen. Soll die Volksseele zum Kochen gebracht werden, dann gilt es nach bestem Feuerungsmaterial Umschau zu halten. Woher aber nehmen und nicht fehlen? So feuern die beamteten Drahtzieher der Massenbewegung. Doch wer da eifrig sucht, der wird auch schließlich finden: es ist ja so viel die Rede von dem Niedergang der Wirtschaftskontur

und wenn es sich in solchen Fetten aus nahegelegenden Grillen nicht empfiehlt, die Streikbewegung zu forcieren und mit Hilfe der hierdurch bewirkten Verschärfung der Gegenstände zwischen Unternehmern und Lohnarbeiterschaft neues Öl auf die Lampen der Umstürzerei zu gießen, so liegt es um so näher, die obwaltende Sachlage dergestalt auszunutzen, daß man von einer Arbeitslosigkeit bedenklichsten Umfangs spricht und Staat und Gesellschaft für das Geschick der durch sie Betroffenen haftbar macht. Geschieht dies mit Erfolg, so ist dieser auf die Gewinnseite der Sozialdemokratie zu buchen und außerdem werden die sozialdemokratischen Gewerkschaften des Zwanges enthoben, ihre zu Verwaltungs- und Kampfszwecken angesammelten Kapitalien anzugreifen. Bleibt der Erfolg aus, dann bietet das eine prächtige Gelegenheit zur Neubelebung des unter der Asche glimmenden Hasses gegen „die hartherzigen Ausbeuter des arbeitenden Volkes und der Soldknechte“. Und so kam es, daß an allen Enden und Ecken des Deutschen Reiches die Frage der Arbeitslosenfürsorge aufs Tapet gebracht wurde, wobei sich die sozialdemokratischen Einbringer der diesbezüglichen Anträge nicht genug tun konnten an Versuchen, die Wirtschaftslage in den schwärzesten Farben zu malen.“

Da haben wir die eigentliche Ursache der Frage der Arbeitslosenfürsorge: die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften künimern sich den Teufel um die Arbeitslosen, ihnen kommt es nur darauf an, Agitationsstoff zu haben, um die Massen aufzuwiegeln. Diese Behauptung des Oberbischmachers ist natürlich eine faule, dicke Unwahrscheinlichkeit. Gerade das Gegenteil ist der Fall: die Sozialdemokratie lehnt es ab, die Arbeitslosenfürsorge zu einer Parteiangelegenheit zu machen und wendet sich deshalb an die soziale Empfinden aller Bevölkerungsschichten, sie verzichtet auf den in dieser Frage stehenden Agitationsstoff und bestrebt sich um so mehr, den armen Arbeitslosen Hilfe zu bringen. Das weiß der Artikelschreiber auch ganz gut, denn er hat die Berichte über die Behandlung dieser Frage auf dem Parteitage gelesen, und er hat auch die Verhandlungen in den verschiedenen Körperschaften verfolgt. Überall ist das Gegenteil von dem zutage getreten, was er behauptet.

In dem betreffenden Artikel kann man ferner lesen, daß die Arbeitslosigkeit zum guten Teil eine Folge der Arbeitslosen sei. Zahlreiche Arbeiter hätten keine Lust zu arbeiten, es seien verkommene Elemente, die sich lieber von Unterstützungen ernährten, als durch eigene Arbeit, und die Sozialdemokratie lege für diese Verkommnen noch obendrein eine Lauge ein. Deshalb sei es notwendig, die Pflicht zur Arbeit zu betonen, anstatt für die Arbeitsunlustigen einzutreten. Wer die Stimmung in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter kennt, weiß ganz genau, daß nichts so sehr verachtet wird, als Arbeitscheu und Trübsalberei. Der ehrliche Arbeiter hat wahrlich keine Sympathie für Schmarozker, die sich von dem Ertrage fremder Arbeit nähren, aber er macht einen Unterschied zwischen Leuten, die ein Schmarozkerdasein führen, weil sie in der Wahl ihrer Eltern sehr vorsichtig gewesen sind, und zwischen Leuten, die infolge von Schicksalschlägen und von schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen heruntergekommen sind und den sittlichen Halt verloren haben. Diese Marodeure des Wirtschaftslebens bedauert er, aber er bestreitet, daß diese Gruppe der Arbeitslosen einen wesentlichen Einfluß auf die Zahl der gesamten Arbeitslosen ausübt. Die über-

Dem Kleinmeister von heute fehlen durchweg jene erhaltenden Aufträge, die seinen Betrieb zu Meisterleistungen emporheben könnten, wie dies bei den Vorbildern aus jener „Blütezeit des Handwerks“ öfter war. Der Kleinmeister kann aber schon aus technischen Gründen solche große Aufträge gar nicht mehr übernehmen, dazu fehlt ihm die Betriebseinrichtung, und ist auch die heute erreichbare und daher übliche Lieferfrist viel zu kurz. Es wäre auch vergeblich, dem Handwerker, wie es sich in der Form des Kleinmeisteriums präsentiert, eine Blütezeit wie ehemals herbeizuführen. Aber auch die größeren leistungsfähigen Betriebe klagen mit Recht darüber, daß ihnen solche Qualitätsaufträge fehlen. In der Möbelindustrie besonders verlangt das Handwerk, das den Markt beherrscht, Produkte, die billig sind und doch nach viel aussehen, bei denen also mehr oder weniger der Schein trägt.

Eine dauernde Hebung unseres Gewerbes aber ist nur mit ihrem auf Hebung der Lebenslage der breiten Masse wenn zum anderen das Publikum dafür aufnahmefähig ist. Das letztere Ziel wird von der modernen Arbeiterbewegung mit ihrem auf Hebung der Lebenslage der breiten Masse gerichteten Willen tatkräftig unterstützt. Für die Bevorzugung technisch guter und schöner Ware gegenüber gleichmäßigem Schund zum anderen muß das Publikum erst allmählich erzogen werden.

Seit einigen Jahren macht sich eine Bewegung bemerklich, in den Künstlerkreisen die Empfindung für diese Unterschiede wachzurufen, wie andernteils die Gewerbetreibenden zur Herstellung guter Arbeiten zu veranlassen. Trotz der Jugend dieser Bewegung kann man schon Erfolge feststellen. Besonders beachtlich sind diese dort, wo sie sich in der breitesten Käuferschicht, der Arbeiterklasse, zeigen. Der Begriff „Arbeitermöbel“, der sich herausgebildet hat, ist keineswegs gleichbedeutend mit „Armelemöbel“. Es ist der Begriff der dauerhaften, guten, zweckmäßigen und doch schönen Einrichtung einer kleineren Wohnung. Ausstellungen und Wettbewerbe, die nacheinander in Darmstadt, München, Stuttgart, Wien und Zürich stattfanden, haben den Begriff lauter helfen. Der Hamburger „Berein für Kunstpflege“ machte den Versuch der dauernden Ausrichtung einer wertvolleren Einrichtung in einer tatsächlichen Arbeiterwohnung. Der Versuch der freigebildeten Berliner „Kommission für vorbildliche Arbeitermöbel“ erzielte mit feiner Bohnung im Gewerkschaftshause einen durchschlagenden Erfolg. Mit den drei Typen, nach Entwurf des Malers Münchhausen, des Architekten Professor

Peter Behrens und des Bauzeichners Robert Koepsel, ist ein über Erwarten günstiger Umsatz erzielt worden. Die Frage kam in Fluss. Sie wurde alsbald nach der ersten Ausstellung, im Sommer 1911, von der Berliner Tischler-Innung aufgenommen. Deren Wettbewerb auf ihrer damaligen Herbstmehrmesse mit der Gegenüberstellung von marktgemäßen Abzahlungsmöbeln mit preiswerter Tischlerarbeit gebührt zweifellos das Verdienst, die öffentliche Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf diese Frage gelenkt zu haben. Das bei dieser Gelegenheit entstandene umfassende Zusammenarbeiten von Architekt und Tischlermeister mag wohl mit Anlaß gewesen sein, daß die Innung das anfänglich krause Durcheinander ihrer Messen später durch die gleichen Kriterien ordnen ließ, um so den ihr aufgedrungenen Kampf gegen eine Händlerorganisation besser bestehen zu können. Ja noch mehr, die Berliner Innung richtete in ihrem Büro eine dauernde Beratungsstelle ein, in der zwei Architekten den Meistern unentgeltlich Rat und Hilfe in der architektonischen Gestaltung der Tischlereierzeugnisse geben.

Ein ähnlicher Gedanke der qualitativen Hebung der Handwerkerzeugnisse lag übrigens auch der vorjährigen Bayerischen Gewerbeschau in München zugrunde, wenn er auch dort in der Möbelproduktion nicht zum vollen Erfolg geführt hat und führen konnte, weil das hier in den Vordergrund geschobene Kleinhandwerk aus den eingangs angeführten Gründen die Hoffnungen nicht alle zu erfüllen vermochte.

Nun hat sich in den letzten Jahren auch in Köln eine Gruppe von etwa 30 Tischlermeistern zusammengesetzt, die jetzt eine Verkaufsgenossenschaft „Kölner Werkstätten“ bilden. Fördernd und beratend steht den Werkstätten ein künstlerischer Leiter und ein Kunstauschuß vor. Alle Entwürfe werden von dem Kunstauschuß begutachtet, dem der Vorstand der Werkstätten, Mitglieder der Vereinigung für Kunst in Handel und Gewerbe, Vertreter der Stadt Köln und der künstlerische Leiter, Architekt Albrecht Doering, angehören. Die Leitung läßt es sich angelegen sein, vor allem westdeutsche Künstler zur Mitarbeit heranzuziehen.

Auch die Leipziger Bau-Ausstellung hat in der Gartenstadt Marienbrunn ein solches organisiertes Zusammenarbeiten von Handwerker und Künstler gezeigt und dürfte es auch an vielen anderen Orten Nützliches geben. Wenn durch diese Bestrebungen eine Besserung und Reinigung der Formen und eine Erziehung des Publikums zur Bevorzugung besserer Produkte erzielt werden, dürfte damit der Kunst im Handwerk der beste Dienst erwiesen sein.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern** nach Czerst, Gebweiler i. Ell., Geestemünde (Kilfen), Großröhrsdorf (Tischfabrik Menzel), Lage (Möbelfabrik Niehof), Löcknitz in Pommern (C. A. Schmidt), Derlinghausen, Leterow (Böhmer u. Sohn), Wilkau i. Sa., Wurzen (Möbelfabrik Streil), Zwickau i. Sa. (Emil Vogel).
- Stuhlbindern und Polsterern** nach Wilkau i. Sa.
- Modelltischlern** nach Leipzig.
- Drechsler, Polsterer und Hilfsarbeitern** nach Nürnberg.
- Bergoldern, Grundruderern, Verzierern und Farbdiamachern** nach Burg b. Magdeburg (Wattenberg), Glattbrugg bei Zürich (Delters).
- Bürsten- und Pinselmachern** nach Nürnberg, Schopfloch.
- Pantinenmacher** nach Halberstadt.
- Stellmachern** nach Frankfurt a. M. (Karosseriefabrik Boyler u. Graupner), Gera, R. J. L. (Karosseriefabrik P. Sadl).
- Verstarbeitern** nach Humund bei Regesad.
- Korbmachern** nach Donnern (Stinkel und Kusderheide), Schiffdorferdamm im Kr. Geestemünde (Müller).

große Mehrzahl der Arbeitslosen will gern arbeiten, kann aber keine Arbeit finden, und wer das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit. Für diese Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist es überflüssig, die Arbeitspflicht zu predigen, man soll ihnen nur Arbeitsgelegenheit nachweisen und sie werden mit beiden Händen zugreifen.

Der Artikelschreiber glaubt Wunder welchen Krumpf auszuspielen, wenn er den Gewerkschaften den Rat gibt, mit den eigenen Mitteln die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Er weist speziell auf das Vermögen des Holzarbeiter-Verbandes von 7 1/2 Millionen Mark hin und auf „das Schatzkästlein der sozialdemokratischen Gewerkschaften, in dem ein Vermögen von 90 Millionen Mark liegt“ und meint dann höhnisch: „Das Anbetteln der sonst bis aufs Messer bekrlegten bürgerlichen Gesellschaft könnte doch höchstens nur dann eine mildere Beurteilung erfahren, wenn die Bittenden zuvor ihre eigenen Kräfte in zureichendem Maße an der zu bewältigenden Aufgabe erprobt haben.“ Dieser faul-schnauzigen Bemerkung gegenüber wollen wir nur ein paar Feststellungen machen: Zunächst stellen wir fest, daß die meisten Gewerkschaften schon heute nach besten Kräften für ihre Arbeitslosen sorgen, daß sie aber der außergewöhnlichen Not nicht gewachsen sind, weshalb sie sich an die öffentlichen Gewalten wenden. Zweitens erklären wir es für ein unbilliges Verlangen, daß die Gewerkschaften, die doch die verschiedensten Aufgaben zu erfüllen haben, ihr gesamtes Vermögen ausschließlich zur Linderung der Not der Arbeitslosen verwenden sollen. Das möchte den Scharfmachern wohl gefallen, daß die Gewerkschaften ihre Kampffonds aufbrächten und dann den Gelüsten des Ausbeutertums wehrlos und widerstandslos ausgeliefert wären. Sie sind nun einmal in erster Linie Kampforganisationen, nicht aus eigenem Willen, sondern aus herber Notwendigkeit und für die bevorstehenden Kämpfe müssen sie ihr Pulver trocken halten. Endlich drittens möchten wir den Scharfmacherkuli darauf aufmerksam machen, daß wir die bürgerliche Gesellschaft nicht anbetteln, und daß wir nicht als Bittende kommen, sondern daß wir für das gute Recht der Arbeitslosen eintreten. Die bürgerliche Gesellschaft führt durch ihr planloses Drausloswirtschaften die modernen Wirtschaftskrisen und damit die Massenarbeitslosigkeit herbei und sie hat deshalb auch die Pflicht, für die Opfer dieser wirtschaftlichen Anarchie zu sorgen. Außerdem hat sie auch ein starkes Interesse daran, die Arbeitslosen über Wasser zu halten, damit sie beim Eintritt einer besseren Konjunktur wieder brauchbare Arbeitskräfte vorfindet. Von einem Anbetteln kann also gar keine Rede sein, aber vielleicht ist es dem Artikelschreiber lieber, wenn die Arbeitslosen mit geballten Fäusten und dräuenden Gebärden ihr Recht auf Existenz geltend machen. Vielleicht wird er auch das noch erleben, denn es ist noch nicht aller Tage Abend. Und mit dem Hinweis, daß man den Bogen nicht zu straff spannen soll, wollen wir den frechen Falschmünzer laufen lassen.

Ärzte und Krankenkassen.

Mit dem 1. Januar 1914 treten die auf die Krankenversicherung bezüglichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in Kraft, welche sehr wesentliche Änderungen im Krankenkassenwesen zur Folge haben. Die Zahl der Krankenkassen wird durch Zusammenlegungen vermindert, daneben erfährt aber der Kreis der Krankenversicherungspflicht unterliegenden Personen eine große Ausdehnung. Die Angehörigen einer Reihe von Berufen, die nun versicherungspflichtig sind, werden nicht unterstanden, werden nun versicherungspflichtig, und durch die Erhöhung der Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten usw. von 2000 Mk. auf 2500 Mk. werden auch viele Angehörige des sogenannten Mittelstandes Pflichtmitglieder der Krankenkassen.

Durch diese Ausdehnung des Kreises der Krankenkassenmitglieder fühlen sich die Ärzte in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht, sie fürchten eine Verminderung ihrer Einnahmen aus der Privatpraxis und sie suchen einen Ersatz dafür in Gestalt höherer Honorare. Aber auch abgesehen von diesem Moment, hat das Verhältnis der Ärzte und ihrer Organisation zu den Krankenkassen schon Anlaß zu vielen Mißhelligkeiten und teilweise auch zu erbitterten Kämpfen gegeben. Den eigentlichen Untergrund dieser Kämpfe bildet die Honorarfrage. Die Honorierung der Ärzte ist das eigentliche Streitobjekt, wenn die Kämpfe auch formell um die freie Arztwahl oder um ähnliche Forderungen geführt werden.

In der Honorarfrage haben aber auch die Ärzteorganisation und die Vorstände der Krankenkassen entgegengegesetzte Interessen zu vertreten. Daß die Ärzte eine möglichst hohe Honorierung ihrer Leistungen wünschen, ist begreiflich. Auf der anderen Seite müssen aber die Krankenkassenverwaltungen darauf bedacht sein, die Arztkosten in angemessenen Grenzen zu halten. Die Krankenkassen sind doch eigentlich nicht der Ärzte, sondern ihrer Mitglieder wegen da. Wollten sie die Wünsche der Ärzte restlos erfüllen, dann würden die Beiträge kaum ausreichen, die Arzthonorare zu zahlen; für die anderen Aufgaben, insbesondere für die Unterstützung der Kranken-Mitglieder, würde wenig mehr übrig bleiben.

Zwischen den Interessen der Krankenkassen und der Ärzte muß nach einem billigen Ausgleich gesucht werden. Die Neuorganisation der Krankenkassen bringt es mit sich, daß neue Verträge abgeschlossen werden, zumal die bestehenden Verträge zum 1. Januar 1914 gekündigt sind. Die Verhandlungen zwischen der wirtschaftlichen Organisation der Ärzte, dem Leipziger Verband, und den Organisationen der Krankenkassen haben sich aber zerstritten. Am 26. Oktober veranstaltete der Leipziger Ärzte-Verband einen außerordentlichen Arzttag in Berlin, auf welchem der Kampf gegen die Krankenkassen verkündet wurde. Die gemeinsam operierenden Krankenkassenverbände haben die Kampfanfrage angenommen und in einer am 27. Oktober in Berlin abgehaltenen Vertreterversammlung eine entsprechende Erklärung beschlossen.

Der hauptsächlichste Streitpunkt, an dem die Verhandlungen gescheitert sind, ist die von den Ärzten geforderte freie Arztwahl. Die Ärzte hatten folgende Forderung erhoben: „Die Art und Weise der Versorgung einer Krankenkasse oder eines Krankenkassenverbandes mit Ärzten wird bestimmt durch eine Vereinbarung der Krankenkasse bzw. des Krankenkassenverbandes mit der zuständigen örtlichen Ärzteorganisation. Kassennützliche Verträge sind grundsätzlich nach dem System der freien Arztwahl zu schließen. Sie können aber auch unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse nach dem Kassennutzsystem oder dem Distriktsarztssystem abgeschlossen werden.“ Die Forderung der grundsätzlichen Anerkennung der freien Arztwahl wurde im Laufe der Verhandlung dahin modifiziert, daß die betreffende Bestimmung lauten sollte: „Kassennutzverträge werden nach dem System der organisierten freien Arztwahl oder nach dem Kassennutzsystem oder nach dem Distriktsarztssystem abgeschlossen.“

Dieses anscheinende Entgegenkommen trifft aber nicht den Kern des Streits. Die Ärzte hätten es auch bei einer solchen Bestimmung in der Hand, durch ihre örtlichen Organisationen die Kassen zur Annahme der freien Arztwahl zu zwingen. Hierbei mag eingeschaltet werden, daß die freie Arztwahl nicht etwa bedeutet, daß alle Ärzte am Ort oder alle Mitglieder des Ärzte-Verbandes von den Kassennutzgliedern konsultiert werden dürfen, sondern nur die, die sich den Kassen zur Verfügung stellen. Jeder Arzt hat bei diesem System das Recht, sich die Kassennutzpatienten vom Leibe zu halten, wenn er glaubt, ihrer nicht mehr zu bedürfen.

An sich wäre gegen die freie Arztwahl nichts einzuwenden, wenn dieses System von dem Ärzte-Verband nicht zu dem Zwecke propagiert würde, die Kassen intensiv zu schröpfen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Einführung der freien Arztwahl die Kassen so belasten würde, daß sie sich darauf beschränken müßten, ihren Mitgliedern die gesetzliche Mindestleistung zu gewähren. Vielfach gewährend die Kassen aber darüber hinaus freie ärztliche Behandlung für Frauen und Kinder, Geburtshilfe, Sterbegeld beim Tod von Familienangehörigen, Beihilfe zur Anstaltspflege usw. Alle diese Mehrleistungen müßten aufgehoben werden. Die Kassen glauben sich dem Zwange, den ihnen der Ärzte-Verband auferlegt, nicht fügen zu können, sie lehnen insbesondere auch das Verlangen ab, daß alle Arztverträge an einem einheitlichen Termin ablaufen sollen.

Daß die Stellungnahme der Krankenkassen nicht von Uebermut und Kampfeslust diktiert ist, kann man daraus schließen, daß die verschiedenen Krankenkassenverbände, die sich sonst gegenseitig auf das Schärfste bekämpfen, in dieser Frage völlig einig sind. Die bereits erwähnte Erklärung, welche von den Vertretern der Kassenverbände am 27. Oktober beschlossen wurde, hat folgenden Wortlaut:

1. Auf dem gestrigen Arzttag haben die Ärzteorganisationen beschlossen, keine Verträge mehr mit den Krankenkassen einzugehen. Sie wollen die erkrankten Versicherten nur noch als Privatpatienten behandeln, und es empfahl der Vorsitzende des Leipziger Ärzte-Verbandes sogar, dieses nur gegen Vorauszahlung zu tun. Dieses Vorgehen bedeutet den allgemeinen Kampf gegen die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und den Generalstreik diesen gegenüber. Es wird jetzt das ausgeführt, was bereits am 18. Februar 1912 die Ärzteorganisationen offiziell beschlossen haben: „Zur erfolgreichen Durchführung der Beschlüsse des Stuttgarter Arzttages sind die bisherigen Einzelkämpfe zu vermeiden. Es ist vielmehr ein gleichzeitiges, geschlossenes, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller kassennützlichen Lokalorganisationen unerlässlich.“

2. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß den Ärzten der Kampf von den Krankenkassen aufgedrungen worden ist. Die Krankenkassen haben keine Forderungen an die Ärzte gestellt, wohl aber die Ärzteorganisationen sehr viele und ganz unangemessene an die Krankenkassen. Die Kassen befinden sich lediglich in der Abwehr. Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil die Ärzteorganisationen allgemein die Durchführung der freien Arztwahl bei den Kassen durchsetzen und das Kassennutzsystem nur noch ausnahmsweise und für eine kurze Uebergangszeit be-

stehen lassen wollen. Der Arzt selbst sollte nach den Vorschlägen der Ärzte nur durch die Organisation zur Kassennutzpraxis zugelassen werden, die Abstufung der Honorare sollte nach der Höhe der Einnahmen der Versicherten erfolgen. Alle Arztverträge sollten zum gleichen Zeitpunkt ablaufen. Diese Forderungen der Ärzteorganisationen würden als Mindestforderungen bezeichnet. Bei dieser Regelung würde den nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenvorständen der Einfluß auf die Kassenverwaltung genommen werden. Die Kassen würden schließlich nur noch Beiträge aufzubringen haben, um die durch die Ärzte verfügbaren Ausgaben zu decken. Für eine Gestaltung der Verhältnisse, die die Kassen den Ärzteorganisationen so ausliefert, kann kein Kassenvorsteher die Verantwortung übernehmen.

3. Wenn behauptet wird, daß die Krankenkassen mit den Ärzteorganisationen nicht verhandeln, diese vielmehr zertrümmern wollten und den sogenannten Herrschaftspunkt einnehmen, so entspricht nur das Gegenteil der Wahrheit. Die Kassen haben bei den Einigungsverhandlungen Vorschläge gemacht, die unzweideutig ergeben, daß sie im Interesse des Friedens im weitestgehenden Maße Beschränkungen in ihren gesetzlich gewährleisteten Rechten zugunsten der Ärzteorganisationen vornehmen wollten. Bezeichnend ist, daß diese Vorschläge der Kassen nicht nur glatt abgelehnt, sondern fast totgeschwiegen werden.

4. Die Vertreter der Krankenkassen sind in Anerkennung der hohen Bedeutung des Arztberufes den Ärzten so weit entgegengekommen, als es die ihnen auferlegte Verantwortung und die Wahrung der ihnen anvertrauten hochwichtigen Interessen der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung zuließen. Die Krankenkassen sprechen deshalb die Erwartung aus, daß sich die Behörden und der Gesetzgeber durch die Ärzteorganisationen nicht einschüchtern lassen und unangemessene Forderungen der Ärzteorganisationen ablehnen werden. Es handelt sich um die Entscheidung, ob die Interessen eines einzelnen Berufsstandes über das Wohl von Millionen von Versicherten gestellt werden sollen.

- Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden.
- Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.
- Hauptverband deutscher Krankenkassen, Essen-Köln.
- Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin.
- Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.

Wenn es nicht noch im letzten Augenblick zu einer Verständigung kommt, wird also zum 1. Januar nächsten Jahres der Generalstreik der Ärzte beginnen. Er wird zwar kein vollständiger sein, denn in einigen Großstädten, wie Berlin, Dresden usw. ist eine Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen erfolgt. Die Reichsversicherungsordnung sieht die Möglichkeit eines Arztstreiks vor, denn sie bestimmt im § 370, daß in einem solchen Fall den Kassen die Ermächtigung gegeben werden kann, statt der ärztlichen Behandlung, den Mitgliedern eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrages ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren. Das wäre aber nur ein Notbehelf, unter welchem schließlich die Ärzte sowohl als die Kassen leiden würden.

Ganz abgesehen davon ist es ein unleidlicher Zustand, daß derartige Konflikte überhaupt entstehen können. Das ist eine Folge unserer Wirtschaftsordnung, die den Arzt zum Lohnarbeiter macht. Er untersteht zwar nicht der Gewerbeordnung, und die Ärzte können bei ihren Streiks die schärfsten Pressionsmittel gegenüber Außenstehenden anwenden, ohne befürchten zu müssen, daß der berüchtigte § 153 der Gewerbeordnung gegen sie zur Anwendung gebracht wird. Aber der ideale Beruf des Arztes, die Kranken zu heilen, wird herabgewürdigt, dadurch, daß er zum Gegenstand des Gelderwerbes gemacht werden muß. Arztstreiks wären unmöglich, wenn die Ärzte öffentliche Beamte wären, die vom Staat besoldet, nur ihrer Kunst leben würden. Der Staat besoldet Geistliche und manche andere Beamten, die viel leichter entbehrlich sind, als Ärzte; der Gedanke, die Ärzte zu öffentlichen Beamten zu machen, liegt also gar nicht so fern. Solange aber dieser Wunsch nicht erfüllt ist, muß in anderer Weise Abhilfe geschaffen werden. Die Reichsversicherungsordnung legt den Krankenkassen die Verpflichtung auf, ihre Mitglieder mit ärztlicher Hilfe zu versorgen, es gibt aber kein Gesetz, welches die Ärzte verpflichtet, ihre Kunst in den Dienst der Kassen zu stellen. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen, und der bevorstehende Arztstreik zeigt, wie dringend gesetzgeberische Maßnahmen nach dieser Richtung sind.

Soziales.

Die Arbeitslosenversicherung in Bayern.

In der Frage der staatlichen Arbeitslosenversicherung ist in Bayern ein tüchtiger Schritt nach vorwärts gemacht worden. Bekanntlich ist in Bayern das Zentrum die herrschende Partei und das Land wird von dem Zentrumsministerium Hertling regiert. Wenn es dem Zentrum mit der Fürsorge für die Arbeitslosen ernst gewesen wäre, dann hätte es auf diesem Gebiete gerade in Bayern, wo es eine unbeschränkte Herrschaft ausübt, schon längst etwas Tüchtiges leisten können. Die Behandlung, welche das Problem der Arbeitslosenversicherung in Bayern erfahren hat, ist aber bezeichnend für den Charakter der Zentrumspartei und für ihre Arbeiterfreundlichkeit im besonderen. Wiederholt lagen dem bayerischen Landtage Anträge auf Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung vor. Das Zentrum hat diese Anträge stets prompt abgelehnt und sich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich hierbei um eine Aufgabe der Gemeinden handle. Wurden dann in den Gemeindevertretungen entsprechende Anträge gestellt, dann wurden sie auch hier von den Zentrumsvorstellern energisch bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß die Arbeitslosenversicherung eine Aufgabe des Staates sei. Mitunter waren es dieselben Herren, die als ultramontane Abgeordnete die Arbeitslosenversicherung als Gemeindefrage bezeichneten, um dann als Gemeindevertreter solche Projekte zu bekämpfen, mit der Begründung, daß hier der Staat eingreifen müsse. Diesem anmutigen Fangballspiel dürfte nun ein Ende bereitet sein. Eine sehr ausgiebige Debatte im bayerischen

stehenden Oberbauern Weber, welche die Arbeitervertreter zustimmend ergänzten, ließen die Unternehmer durch ihren Vertreter, Herrn Kommerzienrat Leonhardt, in echtem Scharfmacherton erklären, daß alle bisherigen Zugeständnisse, mit Ausnahme der gewährten 3/4 Prozent, zurückgezogen seien. Diese Fiktion verfehlte aber ihre Wirkung. Was die Arbeitervertreter wunderte, war, daß man den beiden vermittelnden Beamten auf gut Deutsch zu verstehen gab, daß die Unternehmer dankend auf ihre weitere Mitwirkung und guten Ratsschläge verzichteten. Die Verhandlungen waren resultatlos verlaufen. Die Beziehungen zwischen den Parteien waren aber nicht völlig abgebrochen und schließlich einigte man sich, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Wie hartnäckig gegenseitig gefochten wurde, beweisen etwa zwei Duzend weitere Verhandlungen, bis nach weiteren sieben Wochen der Lohnkampf mit einem glatten Erfolg für die Arbeiter am 25. September beendet wurde.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 52 Stunden (früher 52 1/2) pro Woche. Der bisherige Lohnzuschlag von 16 1/2 Prozent wird sofort auf 20 Prozent, ab 1. Januar 1916 auf 22 Prozent, ab 1. Juli 1916 auf 24 Prozent erhöht. Dieser 7/8prozentige Zuschlag gilt auch für die Heimarbeiter. Weitere wichtige Bestimmungen des Vertrages lauten: Werden Akkordarbeiter zu Tagelohnarbeiten verwendet, ist ihnen ihr Durchschnittsakkordverdienst zu zahlen. Lohnarbeit für Arbeiten, für die das Akkordsystem in Nürnberg allgemein eingeführt ist, wird in derselben Höhe wie Akkordarbeit bezahlt. Bei Neuvereinbarung von Akkordfähigen müssen die Arbeiter auf die gleichen Stundenverdienste kommen als vorher. Bei Neueinführung oder wesentlichen Änderungen von bereits bestehenden Materialmischungen soll Anpassung an bereits bestehende Sorten stattfinden. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent bezahlt. Bei nicht genügender Beschäftigung wird die Arbeitszeit entsprechend verkürzt. Die Ueberstunden wie die Arbeitszeitverkürzung werden im Einverständnis mit den Arbeitern festgesetzt. Für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ist nach achtwöchiger Beschäftigung nach Möglichkeit Akkordarbeit einzuführen. Streitfälle über Nichteingaltung des Vertrages oder dessen Auslegung usw. regelt eine paritätisch zusammengesetzte Schlichtungskommission.

Eine vollständige Umwälzung in der Preiszahlung bringt der Einheitsakkordtarif: Zur Herbeiführung einheitlicher Lohnverhältnisse in den Nürnberger Bürsten- und Pinselfabriken, Borsten- und Haarzurichtereien werden durch eine paritätische Kommission Einheitsakkordtarife aufgestellt. Es ist dabei nach folgenden Grundsätzen zu verfahren: Die Vereinigten Pinselfabriken werden für ihre Betriebe Akkordtarife ausarbeiten, die ihren geleerten und geübten männlichen und weiblichen Vollarbeitern bei normaler Arbeitsleistung und normaler Arbeitszeit die bisherigen Durchschnittsverdienste garantieren. Diese Preistarife der Vereinigten Pinselfabriken gelten als Grundlage der in allen anderen Nürnberger Bürsten- und Pinselfabriken, Borsten- und Haarzurichtereien einzuführenden Einheitsakkordtarife. Die bisherigen Akkordtarife der anderen Betriebe sind der paritätischen Kommission auf Wunsch vorzulegen. Die Verschiedenheiten der Arbeitsmethoden und Fabrikationsweisen, die Unterschiede der jeweils zur Verarbeitung kommenden Partien finden insofern, als sie von den bei den Vereinigten Pinselfabriken gebräuchlichen abweichen, ihren Ausgleich in den von der paritätischen Kommission festzusetzenden Zuschlägen. Als Maßstab für die Festsetzung dieser Zuschläge hat zu gelten, daß die geleerten, geübten männlichen und weiblichen Vollarbeiter bei normaler Arbeitsleistung und normaler Arbeitszeit die gleichen Durchschnittsverdienste erzielen wie bei den Vereinigten Pinselfabriken.

Letztere Bestimmung ist von weittragender Bedeutung, sie bringt eine vollständige Umwälzung in der bisherigen Preiszahlung. Die Vereinigten Pinselfabriken beschäftigen 650 Arbeiter und Arbeiterinnen. Bei Berechnung der Durchschnittsverdienste in den Vereinigten Pinselfabriken scheiden die Hilfsarbeiter sowie die minderwertigen Arbeiter aus. Hinzu kommt, daß schlechtbezahlte Sorten aufgebessert werden. Durch die letzten Momente wird der Durchschnittslohn gesteigert. Der Durchschnittslohn in den Vereinigten Pinselfabriken ist jetzt schon höher als in den anderen Betrieben am Orte. Es wird also nach Erledigung des Einheitsakkordtarifes auch in den 44 existierenden Betrieben der Lohn nach dem Durchschnittslohn der Vereinigten Pinselfabriken bemessen. Somit steigen die Löhne in den 44 Betrieben mit rund 1200 Beschäftigten um weitere 5 bis 15 Prozent.

Der Tarifvertrag läuft bis zum 15. Februar 1917. Der Vertragsablauf resp. die von den Unternehmervertretern verlangte Tarifverlängerung bis zum Jahre 1919 waren ebenfalls mehrere Wochen lang Streitobjekt. Gläubten doch die Unternehmer, nachdem sie die öffentliche Meinung vergeblich zu beeinflussen verucht hatten, daß der Lohnkampf für den Holzarbeiter-Berband verloren sei und daß man ihm die Friedensbedingungen diktieren könne. Das wäre für die Unternehmer eine Genugtuung gewesen, den Ablauf des Vertrages bis 1919 bei so minimalen Zugeständnissen durchzusetzen. Da 1919 der Vertrag der Nürnberger Tischler abläuft, wollten die Unternehmer den Vertragsablauf der Bürsten- und Pinselmacher ebenfalls auf 1919 festsetzen, damit beide Verträge einen gemeinsamen Ablauftermin haben. Da sich die örtlichen Parteien über diese Frage nicht einigen konnten, wurde es den beiderseitigen Zentralvorständen überlassen, über den Ablaufstermin zu entscheiden.

Bei Beurteilung dieses Kampfes ist nicht zu übersehen, daß nach Beginn des Streiks die allgemeine Geschäftslage außerordentlich abwärts ging. Diese Flaute benutzten die Unternehmer, durch vielversprechende Inzerate, Arbeitslose und solche Elemente, die nur dann willig sind zu arbeiten, wenn irgendwas gefressen wird, als Rekruten zu hängen. Der Erfolg war ein minimaler. Es gelang, die meisten Betriebe von Arbeitswilligen reinzuhalten. Wenn auch in der Bürstenindustrie Maschinen Eingang gefunden haben, so ist die Pinselindustrie fast ausschließlich Handarbeit. Da ein Pinselmacher längere Zeit benötigt, bis er Pinsel produzieren kann, war es einzelnen Betrieben trotz arbeitswilligen „Hilfsarbeiters“ unmöglich, ihre Kundenschaft zu befriedigen. Die Unternehmer verachteten durch solche Berichte die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Sie bemühten sich, die

Streikenden, besonders die Arbeiterinnen, teils durch Drohungen, teils durch Versprechungen wankelmützig zu machen. Als die Verleumdungen über die Streikführer, als die Drohungen, als selbst die polizeilichen Drangsalierungen auf die Streikenden einflußlos blieben, gaben die Unternehmer klein bei und erklärten, daß sie keine Scharfmacher seien und ihren Arbeitern in jeder Beziehung wohlwollend entgegenkommen.

Es ist der erste große Lohnkampf der Nürnberger Bürsten- und Pinselarbeiter und -arbeiterinnen, der in langwöchigem Streik mit Erfolg beendet wurde und wobei den Unternehmern eine Niederlage bereitet wurde, an die sie lange denken werden. Zwei Drittel der Streikenden waren Frauen und Mädchen. Sie zeigten dafür, daß auch das sogenannte „schwache Geschlecht“ im Lohnkampf seinen heldenmütigen bis zum letzten Tag im Kampfe ausgehalten, haben Zeugnis abgelegt, daß Geschlossenheit gegen den Unternehmer, Einigkeit untereinander die Grundpfeiler gewerkschaftlicher Erfolge sind.

Aber weit über Nürnbergs Grenzen hinaus wird der erfolgreiche Abschluß seine Wirkungen ausüben. Lehrt er doch, daß auch bei sinkender Konjunktur Erfolge erfochten werden können; um so mehr müssen unsere schlechthelohnten Berufskollegen in anderen Orten Veranlassung nehmen, in günstigen Zeiten für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen.

In Bremerhaven sind am 25. Oktober und den folgenden Tagen auf der Werft von Tecklenborg neben vielen anderen Handwerkern auch zirka 70 Holzarbeiter ausgesperrt worden. Die Ursache dieses Vorganges war ein Streik der Mieter, die forderten, daß die ihnen vorenthaltenen Akkordüberschüsse aus der Zeit vor der großen Werfzbewegung ausbezahlt werden. Die Mieter haben nun inzwischen beschlossenen, die Streitfrage auf dem Klagewege auszusprechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Aussperrung wurde infolgedessen am 30. Oktober wieder aufgehoben.

In Schwäge sind in der Stockfabrik Rahm junior Differenzen ausgebrochen, weil Herr Rahm eine neue Arbeitsordnung einführen wollte. Die Arbeiter sollten sich einer Markenkontrolle unterziehen, welche für diesen Zwergebetrieb 15 Mann — ganz und gar nicht angebracht ist. Mit jedem neu einzustellenden Arbeiter sollten die Preise vereinbart werden, trotzdem alles Akkord ist und die Preise schon immer fest lagen. Jedenfalls sollten auf diese Weise die Preise verschlechtert werden. Diese Arbeitsordnung sollten die Leute erst sofort anerkennen, fast ohne sie gelesen zu haben. Als dies nicht geschah, gab der Unternehmer einen Tag Bedenkzeit, aber zugleich mit der Drohung, wer nicht unterschreibe, würde entlassen werden. Mit einer Kommission der Leute verhandelte er nicht. Der Vertreter der Zahlstelle konnte auch nichts ausrichten. — Nach dem Vertreter des Gewerkschafts gelang es nicht, eine Einigung zu erzielen. Die Kollegen, elf Mann, mußten den Betrieb verlassen. Wir ersuchen deshalb, den Betrieb zu meiden. Die Löhne sind sowieso sehr schlecht und muß schwer gearbeitet werden, um nur einen Lohn von 20 bis 25 Mt. zu verdienen.

In Goch im Rheinland ist mit der Wargarinefabrik Jürgens u. Pringen, die etwa 700 Arbeiter beschäftigt, ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, der auch für die mitbestimmten rund 110 Holzarbeiter wesentliche Vorteile bringt. Die Arbeitszeit wird wöchentlich um eine Stunde verkürzt, während der Lohn in der dreijährigen Vertragszeit um durchschnittlich 3 Mt. steigt. Außerdem sind Ferien zugestanden, die nach zweijähriger Beschäftigungsdauer drei Tage dauern.

In Holzgerlingen ist der Streik der Schreiner nach vierjähriger Dauer beendet worden. Mit fünf Arbeitgebern ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der neben einer Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich drei Stunden eine Erhöhung der Löhne in der vierjährigen Vertragszeit um 5-7 Pf. bringt und außerdem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung. Da unsere Forderungen nicht überall und nicht voll zur Annahme gebracht werden konnten, liegt an dem Verhalten des christlichen Verbandes, welcher nach eigenem Zugeständnis in einer öffentlichen Versammlung, Streikbrecher aus Stuttgart hierher vermittelte, um überhaupt nur in Holzgerlingen einzubringen. So wenig eine gute Sache das Maulen lassen kann, so wenig lassen diese Christen den Arbeitererrat, trotzdem sie selbst zugeben müssen, daß Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier sehr verbesserungsbedürftig sind. Die an der Lohnbewegung beteiligten Arbeiter wurden sämtlich untergebracht, teils am Ort in den Vertragswerkstätten, teils auswärts. Unsere Aufgabe ist es nun, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Kollege am Ort für unsere Organisation gewonnen wird, um das Fehlende nachzuholen. Die Löhne sind auch nach den abgeschlossenen Verträgen noch so niedrig, daß eine Familie damit unmöglich bestehen kann, beträgt doch der Mindestlohn für ältere Arbeiter bis zum 1. Mai 1914 noch 37 Pf. Zureichende wollen sich stets erst beim Bevollmächtigten melden, ehe sie hier Arbeit annehmen.

In Saarbrücken ist jetzt nach vielen Schwierigkeiten der Tarifvertrag der Bautischler erneuert worden. Derselbe war am 31. Dezember vorigen Jahres vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gekündigt worden und wurde dabei der Vorschlag gemacht, den alten Vertrag unverändert auf die Dauer des abzuschließenden Bauarbeitervertrages zu verlängern. Die Arbeitgeber wollten uns also auf diese recht billige Art in den großen Topf der Bauarbeiterverträge hineinbefommen. Daraus ist nun freilich nichts geworden. Allerdings hat es volle Dreivierteljahr gedauert, bis ein Neubeschluß erzielt wurde. Wäre es später nach dem Willen der Arbeitgeber gegangen, wir hätten überhaupt keinen Vertrag bekommen, Verhältnisse wären eingerissen, wie wir sie vor 1910 hatten und wie sie auch in unserer Nachbarzahlreiche Metz unter der vertraglosen Zeit eingerissen sind. Die Organisationsleitung war sich deshalb von allem Anfang klar, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um einen Abschluß von den Arbeitgebern zu erzwingen. Leider war die Mehrzahl unserer Kollegen nicht so auf dem Damm, wie es nach der ganzen Lage hätte sein sollen. Denn wenn man die Kollegen an den Haaren herbeiziehen muß, um sie für die Vertragsache zu interessieren, dann ist das kein normales Verhältnis mehr, es wäre auch das gehen ja unsere Kollegen jetzt selbst zu, etwas mehr

herausgetrieben, wenn der Organisationsleitung immer Folge geleistet worden wäre. Die Arbeitgeber haben alle möglichen Experimente unternommen, um Uneinigkeit und Wankelmütigkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Herr Schneider jun. hat sich hierbei am hervorragendsten beteiligt, genau wie 1910 es derselbe Herr war, der eine friedliche Lösung auch schon damals hintertrieb. Bei der ersten Einreichung der Forderungen im Frühjahr d. J. wurden von 28 Frei- und 9 Christlichorganisierten, von Herrn Schneider direkt 20 Freiorganisierte auf die Straße gesetzt, bei der nochmaligen Einreichung im Sommer wiederholte sich daselbe Beispiel. Aber alle die Nadelstiche konnten nicht verhindern, daß ein Vertragsabschluss, wenn auch nach langen Mühen, doch zustande kam. Bei den ersten Verhandlungen sollte es Arbeitszeitverkürzung überhaupt nicht geben, Lohn erhöhungen jedes Jahr einen Pfennig, allüberhaupt nicht unwesentlichen Punkte wurden nur oberflächlich erwähnt. Nach langen Verhandlungen und erst nachdem zur Kündigung geschritten wurde, wurde auf die vierjährige Vertragsdauer eine Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden und eine Lohnhöhung von 6 Pf. erreicht. Der Durchschnittslohn beträgt 58 Pf., er steigt bis auf 62 Pf. Ueberstunden werden mit 13, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 25 Pf. extra vergütet. Die Montagezulage beträgt mit Uebernachten 3 Mt., kann der Arbeiter sein Mittagessen nicht zu Hause einnehmen, wird 1,20 Mt. Zulage gewährt. Werkstattdarbeiter erhalten bei auswärtiger Beschäftigung pro Stunde 3 Pf. Bauzulage. Neben diesen materiellen Ergnissen ist eine gründliche Erweiterung der sonstigen Bestimmungen vorgenommen worden, so daß zukünftig ein erheblicher Teil Streitigkeiten, die früher bestanden, aus dem Wege geräumt sind. Trotz wiederholten Anfragens an die Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes betreffend Durchberatung der bestehenden Akkordtarife ist es uns bis jetzt leider unmöglich gewesen, diese Tarife zu revidieren und neu abzuschließen. Auch hier liegt es zum Teil an der Saumseligkeit der Arbeiter selbst, weder Bauanschläger noch Akkordarbeiter in den Werkstätten machen wesentliche Anstrengungen, ein wenig Druck hinter die Sache zu setzen. In einzelnen lassen sich noch Akkordreduzierungen gefallen. In zwei Möbelgeschäften mit 17 Arbeitern wurde nach einläufigem Streik ein schöner Erfolg erzielt. Die Löhne stiegen sofort um 3 Pf., in den folgenden Jahren um je 1 Pf., insgesamt 6 Pf., Montagezulagen mit Uebernachten 4,50 Mt., ohne Uebernachten 1,40 Mt., für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag gewährt.

In Schwerin i. M. bestehen Differenzen bei der Firma Rügmann u. Co. Es wird deshalb um Fernhaltung des Zuganges gebeten.

In Walden sind in der Stuhlfabrik Mengerlinghausen Differenzen ausgebrochen. Die Firma hat Maßregelungen vorgenommen, um sich der Arbeiter zu entledigen, die auf die Einhaltung der Akkordpreise halten. Die Meister der Fabrik geben sich alle Mühe, schon jetzt unter der Hand möglichst viele Kollegen aus Lauterberg nach Mengerlinghausen zu bringen. Sind die Kollegen erst einmal hier, dann muß die Firma die Lage der Kollegen in wenig schöner Weise aus. So suchte sie einem Kollegen einen Akkordtag um 33 1/4 Prozent zu kürzen; als der Kollege sich weigerte, wurde er einfach gekündigt. Alle Stuhlbauer und Stuhlpolierer sollten Angeboten der Firma mit der größten Vorsicht begegnen.

Ausland.

In Warschau stehen etwa 200 Kollegen bei der Firma Martens u. Daab, Baugeschäft, im Streik. Die Firma sucht durch Inzerate in polnischen Blättern in Deutschland Arbeitswillige. Solche Streikbrecher-Inzerate haben in dem in Berlin erscheinenden „Dziennik Berlinski“ geflamm- und tatsächlich haben daraufhin auch eine Anzahl Kollegen die Reise nach Warschau angetreten. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Keine Arbeitszeitverkürzung bei schlechtem Geschäftsgang.

Die Würdigung, welche wir in unserer vorigen Nummer dem auf diesen Gegenstand bezüglichen Erlaß des Herrn Rahardt angedeihen ließen, hat nicht den Beifall der „Fachzeitung“ gefunden. Das haben wir vorausgesehen, aber daß sie uns den Vorwurf machen würde, wir hätten „eine wahre Flut von Schimpfstrahlen allerpersönlicher Art gegen den Vorsitzenden des Schutzverbandes gerichtet“, haben wir eigentlich nicht erwartet. Das Mittel, sich selbst in ein gutes Licht zu setzen, indem man dem Gegner vorwirft, er schimpfe, ist doch schon ein wenig abgebraucht. Wichtig ist, daß sich unsere Kritik gegen Herrn Rahardt richtete, als den Unterzeichner der fraglichen Bekanntmachung. Wir haben ihn so geschildert, wie er sich in diesem Erlaß gibt, und nachgewiesen, daß er sich bei früheren Gelegenheiten im gleichen Lichte gezeigt hat. Ihn deshalb zu schimpfen hat uns ferngelegem und objektive Beurteiler werden auch schwerlich in unserem Artikel eine Schimpferei finden.

Die „Fachzeitung“ ist natürlich bemüht, der Ankündigung des Herrn Rahardt eine harmlose Deutung zu geben. Sie sucht sie in Parallele zu stellen zu den von ihr, meist ohne berechtigten Grund, an die „Arbeitnehmerseite“ gerichteten Mahnungen zur Einhaltung des Vertrages. So darf die Sache natürlich nicht betrachtet werden. Es handelt sich doch um eine Mahnung des Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzverbandes an die Mitglieder der eigenen Organisation. Gäte er, wozu doch schon recht häufig Veranlassung gegeben war, diese in ähnlicher Weise an die Erfüllung ihrer Vertragspflichten erinnert, dann hätte man die fragliche Ankündigung allenfalls anders beurteilen können. Aber auch jetzt ist ihm die Sorge um die Innehaltung des Vertrages nur Vorwand. Der Sinn seiner Rundgebung ist eine Aufforderung an die Unternehmer, inhuman gegen die Arbeiter zu handeln. Das ist es, was wir gekennzeichnet haben.

Wiederholt betont die „Fachzeitung“, daß sich die Ankündigung „im Rahmen des Vertrages bewege“. Die Frage,

ob der Vertrag durch sie verletzt wird, haben wir aber absichtlich nicht berührt. Die knifflige Rechtsfrage, die hierbei in Betracht kommt, ist nämlich von untergeordneter Bedeutung. Wichtig ist für uns die G e s i n n u n g, die aus dem Dokument spricht. Herr Nahardt kennt in dem Verhältnis zu den Arbeitern keine Sentimentalität, und humane Arbeitgeber müßten, seiner Ansicht nach, eigentlich ausgehauen werden. Die fragliche Bekanntmachung ist ein echter Beweis für diese Auffassung, die der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes vertritt. Das haben wir festgehalten. Wir müßten den Holzarbeitern zeigen, wessen sie sich vom Arbeitgeber-Schutzverband zu versehen haben, wenn sie ihre Organisationspflicht vernachlässigen. Und so ist aus dem Dokument, welches bestimmt war, die Interessen der Arbeiter zu schädigen, ein Agitationsmittel für den Deutschen Holzarbeiter-Verband geworden, das uns auch fernehin noch Dienste leisten wird.

30 Jahre Holzarbeiterbewegung in Blaueu. Vor 30 Jahren, am 28. August 1888, wurde der Allgemeine Fachverein der Tischler für Blaueu und Umgebung gegründet. Das war die erste gewerkschaftliche Organisation der Holzarbeiter in Blaueu. Die Verwaltung unserer dortigen Zahlstelle hat die Wiederkehr dieses Tages als Anlaß zur Herausgabe einer kleinen Schrift genommen, in welcher die Entwicklung der Organisation und ihre Kämpfe geschildert werden. Der Fachverein löste sich infolge polizeilicher Schikanen im Jahre 1888 auf. An seiner Stelle wurde — was während der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes und es müßten damals manche Schliche angewendet werden, um den polizeilichen Verfolgungen zu entgehen — ein „Vergnügungsverein“ der Tischler gegründet, der sich bei Ablauf des Sozialistengesetzes wieder in einen „Verein zur Wahrung der Interessen des Tischlergewerbes“ umwandelte. Dessen Mitglieder wurden als Einzelmitglieder des Deutschen Tischler-Verbandes, später des Holzarbeiter-Verbandes geführt. Die Errichtung einer eigentlichen Zahlstelle erfolgte erst später, denn das sächsische „Juwel“ von einem Vereinsgesetz ließ bis zum Jahre 1898 die Errichtung von Verbandszahlstellen in Sachsen nicht zu.

Die kleine Broschüre enthält manche interessante Erinnerungen an die Lohnkämpfe, welche die Kollegen in Blaueu zu führen gezwungen waren, aber auch einige heitere Episoden aus dem Kleinrieg, den ja nicht nur die Holzarbeiter in Blaueu, sondern die Arbeiter in ganz Deutschland gegen die sich oft recht boshaft, mitunter aber auch sehr läppisch äußernde Verfolgungswut der Polizei zu führen hatte. Die Festhaltung solcher Erinnerungen aus der Geschichte und der Vorgeschichte der Organisation in einzelnen Orten, wie es im vorliegenden Fall die Kollegen in Blaueu versucht haben, ist eine recht dankenswerte Aufgabe. Gewerkschaftliche Dokumente aus einer Zeit, die gar nicht so weit zurückliegt, sind schon recht selten. Bei manchen Vorgängen ist man auf die Erinnerungen älterer Kollegen angewiesen. Soweit als möglich, sollten die Quellen nutzbar gemacht werden, ehe sie völlig verlegt sind.

Ueber die Organisation der Wagenbauer in Buenos-Aires in Argentinien entnehmen wir einem Bericht des Sekretärs des dortigen Wagenbauervereins, daß dieser Organisation, die außer Kastenmachern und Stellmachern auch Wagenschmiede, -sattler und -maler umfaßt, etwa 1000 Mitglieder angehören. Seit 17 Jahren bereits beträgt die Arbeitszeit in den Wagenfabriken acht Stunden; das war das Ergebnis eines drei Monate langen Streiks, der damals geführt wurde. Die Bemühungen des Wagenbauervereins, die Errungenschaften hochzuhalten, werden sehr erschwert durch den fortwährenden Zustrom von Einwanderern, die meist mittellos ankommen und gezwungen sind, um jeden Preis Arbeit zu nehmen.

Unter den Wagenbauern in Buenos-Aires sind auch zwei deutsche Firmen, die sich aber unter der Arbeiterschaft keines guten Rufes erfreuen. Die Fabrik von G u i l l e r m o F e l i n g ist eine wahre Knochenmühle. Die Ausbeutung wird mit besonderer Intensität betrieben, und dabei herrscht eine miserable Lohnrückerei. Nicht besser sieht es bei W a l l G r o ß h a u s aus. Dort haben sämtliche 42 Arbeiter vor zwei Monaten die Arbeit eingestellt. Die Firma will sich jetzt Arbeiter aus Deutschland kommen lassen. Als Helfershelfer bedient sie sich eines Kastenmachers, namens Karl Sch a g e aus Leipzig, der als Streikbrecher in dem Betrieb tätig ist und es übernommen hat, Wagenbauarbeiter aller Branchen zur Auswanderung zu verlocken. Die Kollegen seien vor den genannten Betrieben und dem Streikbrecheragenten gewarnt.

Gewerkschaftliches.

Die Frage des Minimallohnes in England.

Aus London wird uns geschrieben:
tz. Die letzte Jahreskonferenz der britischen Bergarbeiterföderation nahm eine Resolution an, worin die Exekutive der Föderation beauftragt wird, mit den Hauptvorständen der großen Gewerkschaften in Verbindung zu treten zwecks Beratung darüber, ob ein gemeinsamer Kampf verschiedener Organisationen unter bestimmten Umständen möglich sei. Der Hauptgedanke, der dieser Willensäußerung zugrunde liegt, ist der, daß der Versuch unternommen werden soll, einen Kampf des gesamten Transport- und Verkehrsgewerbes im Verein mit den Kohlenbergarbeitern zu inszenieren. So sagte der Begründer der Resolution Mr. Frank S y d n e u. a.: „Die Bergarbeiter, die Dockarbeiter, die Eisenbahner haben jeder für sich einen Generalstreik gehabt, ohne daß sich die eine Organisation um die andere gekümmert hätte. Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Kampfmethode eine fehlerhafte ist und es ist an der Zeit, daß wir uns nach einer mehr wissenschaftlichen Kampfmethode umsehen, um der Uebermacht des Kapitals gewachsen zu sein. Die Eisenbahner haben nunmehr ein Programm des Minimallohnes sowie des Achtstundentages, womit sie im Jahre 1914 vordringen wollen, die Dockarbeiter sind dabei, ein Programm auszuarbeiten, und auch wir haben bereits Schritte unternommen, um uns vorzubereiten, damit wir beim Ablauf

der dreijährigen Dauer des Minimallohngesetzes im Jahre 1915 gerüstet dastehen. Ist es nun praktisch, daß wir alle vereinzelt vorgehen, oder wäre es nicht besser, wenn wir uns auf eine gemeinsame Aktion vorbereiten würden?“

Die Annahme der Resolution hat in der Öffentlichkeit einiges Aufsehen erregt und es ist wirklich auch für deutsche Gewerkschaften von Interesse, sich die Sache näher zu betrachten. Auf den ersten Blick gewinnt man allerdings den Eindruck, als ob es sich hier um eine Art syndikalistischer Spielerei handelte. Bringt man aber die Sache mit den sozialen Erscheinungen in Verbindung, die augenblicklich das Land bewegen, so findet man, daß es sich hier um ein Symptom handelt, das sehr leicht ernsthaftere Dimensionen annehmen kann. Die Frage des Minimallohnes ist plötzlich zum Gemeinplatz aller öffentlichen Erörterungen geworden. Vor einiger Zeit hat die Regierung die Landarbeiterfrage ausgerufen, und der Schatzkanzler Mr. Lloyd George setzte eine Agrarkommission zur Untersuchung der gesamten agrikulturellen Verhältnisse des Landes ein. Diese Kommission hat vor einigen Tagen den ersten Teil ihrer Untersuchung in einem Buche veröffentlicht. Dort befindet sich folgende Stelle in bezug auf den Minimallohn für Landarbeiter, dem hier kräftig das Wort geredet wird: „Einem solchen Tribunal zur Fixierung des Minimallohnes sollte es zur Pflicht gemacht werden, sofort oder innerhalb eines zu bestimmenden kurzen Zeitraumes einen Lohn in solcher Höhe festzusetzen, daß der Landarbeiter imstande ist, sich und seine Familie in physischer Tüchtigkeit zu erhalten.“

Die Frage, die uns hier an dieser Stelle am meisten interessiert, ist die: Paßt nicht die hier zitierte Stelle ebensogut auf die Industriearbeiter als wie auf die Landarbeiter? In der Metallindustrie, der Holzindustrie — um nur zwei herauszugreifen — gibt es Tausende und aber Tausende von Arbeitern, die einen Wochenlohn von 18 bis 25 Schillingen verdienen, und es bedarf gar keiner weiteren Darlegung, um klarzumachen, daß ein solcher Lohn unter den jetzigen Lebensmittelpreisen zum Leben nicht ausreicht, geschweige denn, daß er imstande wäre, „sich und seine Familie in physischer Tüchtigkeit zu erhalten“. Es wäre nun sicherlich der Mühe wert, wenn die Gewerkschaftsbewegung zur Erreichung dieses Zieles eine gemeinsame Aktion entfalten würde. Bekanntlich ist der Minimallohn in England in einigen Gewerben zum gesetzlichen Grundsatz erhoben worden, so in der Eisenkettenmacherei, Konfektion, Schachtelmacherei. In all diesen Berufen sind hauptsächlich Frauen und Mädchen beschäftigt. Außer diesen noch für die Kohlenbergarbeiter. Natürlich ist der Grundsatz, daß ein Arbeiter einen Lohn bekommen soll, damit er sich und seine Familie in „physischer Tüchtigkeit erhalten kann“ bis jetzt noch unbekannt im Gesetz, aber durch die Entfaltung der Landagitatorik eröffnet sich der Gewerkschaftsbewegung ein goldener Boden zur Erreichung dieses Zieles.

Die Differenzen zwischen den Buchdruckern und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine sind beigelegt. Die Beteiligten veröffentlichten hierüber die nachfolgende Erklärung:

Nach einer beide Teile befriedigenden Erledigung der in den Verhandlungen vom 15. Mai 1913 vertagten Beschwerden des Buchdruckerpersonals der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. fand am Montag, den 27. Oktober 1913, eine Sitzung statt, an der als Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Verbandes die Unterzeichneten C. Döblin, B. Dreier und Fr. Kungler, als Vertreter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. die unterzeichneten geschäftsführenden Vorstandsmitglieder: Heinrich Kaufmann, Dr. August Müller, Hugo Büßlein und der Vorsitzende des Aufsichtsrates A. v. Elm teilnahmen.

Die Beteiligten haben sich über alle schwebenden Differenzen eingehend ausgesprochen und festgestellt, daß manche Mißverständnisse dazu beigetragen haben, die Situation gegen den Willen der Beteiligten zu verschärfen. Alle Mißverständnisse sind zu beiderseitiger Zufriedenheit durch die gegebene Aufklärung beseitigt.

Die Unterzeichneten erklaren deshalb, die Auseinandersetzungen über die Differenzen in der Presse und in den Versammlungen in alldemselben Interesse einzustellen.

Beide Organisationen verständigten sich dahin, daß, falls in Zukunft größere Differenzen wieder vorkommen sollten, die Zentralleitungen beider Organisationen versuchen wollen, sie in freundschaftlicher Weise zu erledigen.

C. Döblin. B. Dreier. Fr. Kungler.
A. v. Elm.
Heinrich Kaufmann. Dr. Aug. Müller. Hugo Büßlein.

Eingefandt.

Zur Branchenkonferenz der Bürsten- und Pinselmacher.
Sehr zweckmäßig wäre es, die Konkurrenz der Straf- und Wohlthätigkeitsanstalten mit auf die Tagesordnung zu stellen. Schon auf früheren Verbandstagen und Branchenkonferenzen stand dieser Punkt zur Beratung und wurde stets der Wunsch geäußert, dieser Konkurrenz energisch entgegenzutreten. Was ist aber geschehen? Nicht viel! „Kollegen, organisiert Euch!“ Das war meist immer das Endergebnis, und nach wenigen Wochen war alles wieder vergessen. Damit soll die Sache aber nicht abgetan sein. Wenn wir uns etwas vornehmen, dann muß es auch durchgeführt werden. Wir Bremer Kollegen werden zu diesem Punkt entsprechende Anträge stellen. Wünschenswert ist es, wenn sich noch die Möglichkeit bietet, in den Sektionsversammlungen darüber zu sprechen. Es müssen Forderungen gestellt werden, welche mit Nachdruck vertreten werden können. Alles andere Gerede hat keinen Zweck. Wollen wir, daß sich diese Konkurrenz nicht noch weiter mit der Herstellung von Bürstenwaren beschäftigt und infolgedessen viele unserer Kollegen arbeitslos werden, dann ist es unsere Pflicht, nach erfolgversprechenden Mitteln zu suchen. Der Schaden, den uns derartige Anstalten zufügen, ist sehr beträchtlich. Erstens werden die Waren so billig auf den Markt geworfen, daß es kaum noch möglich ist, zur Verbesserung unserer Lage in

bezug auf Lohn und Arbeitszeit etwas zu unternehmen. Zweitens wird die Arbeitslosigkeit immer größer durch die technische Entwicklung der Maschinen. Noch ist es Zeit, wir dürfen nicht warten, bis es zu spät sein wird. Aber auch mit den Konsumgenossenschaften muß einmal ein ernstes Wort geredet werden. Gibt es doch viele Konsumvereine, welche ihren Bedarf an Bürstenwaren aus Gefängnissen und Blindenanstalten beziehen. Hier muß unter allen Umständen eine Regelung herbeigeführt werden. Hoffentlich wird uns die diesjährige Branchenkonferenz über manches hinweghelfen, was uns hindernd in dem Wege liegt.
R. Z i m m e r m a n n, Bremen.

D Straßburg, o Straßburg, du wunderschöne Stadt!

So lang ich, als ich diesen Herbst durch die Tore der Stadt Straßburg walzte. Durch die Krise war ich arbeitslos geworden und da Aussicht auf Arbeit am Ort nicht vorhanden war, so wollte ich in der Fremde mein Glück versuchen. Nach langen Irrfahrten und beinahe ausgesteuert, kam ich auf das städtische Arbeitsamt in Straßburg und hatte auch endlich das Glück, wenn man es so nennen darf, sofort Arbeit zu erhalten. Ueber dem Eingangstor der Fabrik stand „Möbelfabrik von Charles Hipp fils“. Was dieses „fils“ zu bedeuten hatte, sollte mir bald klar werden, und ich muß gestehen, das ist der einzig schöne Zug von dieser Firma, daß sie ihre Filizigkeit klar und deutlich auf dem Firmenbild jedem Mann zu Gemüte führt. Der Vorarbeiter in Straßburg Kontermeter genannt, spielt den „Unteroffizier vom Dienst“. Den ganzen Tag hört man dessen Kommandoton durch die Bude schallen. Am meisten sucht er die jungen Kollegen zu trillen, er waagt sich aber auch an einige ältere Kollegen heran. Als er mir mein Werkzeug gab, bemerkte ich, daß ja nicht ein Stechseifen dabei sei, wobei mich der Herr anhauchte, diese solle ich mir kaufen, die werden nicht gestellt. Mit dem Schärfen meiner Säge beschäftigt, sah ich, wie der Kontermeter mich von weitem betrachtete; plötzlich kam er auf mich zu und sagte mir: So stellt man sich doch nicht zum Sägefellen! Der linke Fuß muß geradeaus stehen, während der rechte Fuß einen rechten Winkel mit dem linken bildet. Ich fragte ihn darauf ganz gelassen, ob er vom Sägeschärfen denn sonst noch etwas verstehe, worauf er sich knurrend entfernte. Am Lohntage hatte ich fünf Tage gearbeitet und wollte, da ich in Afford war, 20 Mk. Schutz nehmen. Da kam ich aber schön an. In der ersten Woche gab es überhaupt keinen Lohn. Kommen Sie am anderen Zahltag wieder. Da ich aber vollständig mittellos war und doch essen mußte, um arbeiten zu können, bat ich um einen Vorstoß, indem ich dem Herrn Hipp meine Lage schilderte. Mit Mühe und Not bekam ich dann 10 Mk., also zwei Mark pro Tag. Nun verstand ich, warum über der Eingangstür geschrieben steht „Charles Hipp fils“, denn was ich bis jetzt dort gesehen hatte, sah filzig genug aus. Einem anderen jungen, zugereiften Kollegen, dem es gerade so ergangen war wie mir, lief dabei die Galle über, er drohte mit Klage, doch es half alles nichts; mehr wie 10 Mk. hat auch er nicht erhalten. Wir entschlossen uns, diesem filzigen Eldorado Valet zu sagen und verließen die wunderschöne Stadt Straßburg um eine Erfahrung reicher. Um nun andere Kollegen vor einem ähnlichen Reinsfall zu schützen, entschlossen wir uns, an die „Holzarbeiter-Zeitung“ einen Brief zu schreiben, in welchem wir unsere Kollegen auf die Bude von „Hipp fils“, Pflanzbad Nr. 13 in Straßburg aufmerksam machen, damit sie in weitem Bogen um dieselbe herumgehen können. Die Straßburger Kollegen kennen die Bude und gehen, wie es scheint, derselben aus dem Wege, so daß die Firma auf Zugereifte angewiesen sein dürfte.
K. J.

Briefkasten.

* Unsere Korrespondenten machen wir darauf aufmerksam, daß des norddeutschen Bußtages wegen die Nummer 47 schon Sonnabend, den 15. November, abgeschlossen werden muß.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

Protokoll des Parteitagess Jena 1913. Das Protokoll des Parteitagess ist soeben erschienen. Durch die Wichtigkeit der Beratungsgegenstände wird dasselbe sicher ganz besonderem Interesse begegnen. Die Verhandlungen über Arbeitslosenfürsorge, Wehrvorlagen, Deckungsvorlagen, Massenstreik und vieles andere werden in den Reihen aller politisch Interessierten große Beachtung finden. Der Preis beträgt 2,50 Mk., gebunden 3,50 Mk. Vereinsausgabe: 1,25 Mk., gebunden 1,75 Mk.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1914. Der bekannte, von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Notiz-Kalender ist in der üblichen Ausstattung und mit reichhaltigem Inhalt erschienen. Der Preis beträgt 50 Pf.

Witz und die Anarchisten von Georg Stieffloß. Seit 10 der Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Herausgegeben von Max Grünwald. Verlag von Raden u. Comp., Dresden. Preis 50 Pf.

Die neuen Reichsgeetze betr. den Wehrbeitrag und die Vermögenssteuer (Vermögenszuwachs) vom 2. Juli 1913. Taschenformat. Geßnerverlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. Preis 1,10 Mk. In Leinwand 1,35 Mk.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechler und deren Berufsgenossen (C. N. 86, Hamburg).

Im Oktober sandten Uebe. schiffe ein: Siegburg 200 Mk., Braunschweig, Ohligs, Bergedorf und Barmen je 200 Mk., Bürael 120 Mk., Beyer, Garburg, Halle und Krenburg je 100 Mk., Freiburg und Lübeck je 50 Mk. Summa 1720 Mk.

Zuspruch erhielten: Berlin C 300 Mk., Berlin D und Furtwangen 200 Mk., Offenbach und Hamburg St. G. 150 Mk., Helmstedt 100 Mk., Hamburg-Parndorf 50 Mk. Summa 1130 Mk.

J u l. W a s m a n n,
Hamburg 31, Schwendestr. 37.

